



# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonntagends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Berlin, 26. Juli.

Eine erfreuliche Erklärung finden wir in dem neuesten Organ des preussischen Ministeriums, der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche in ihrem Leitartikel also schreibt:

Alle Bemühungen der Kabinette dieser Staaten (nämlich der bei der Reichsarmee theilnehmenden Staaten) sind fortwährend dahin gerichtet, eine Einmischung des Auslandes herbeizuführen. Ihre Gesandten drängen bei den europäischen Großmächten auf die Veranlassung eines Kongresses, an dem sie eine Stütze für ihre partikularistischen Interessen zu finden hoffen. In dieser Erwartung möchten sie sich aber doch getäuscht sehen, denn es tritt immer klarer und entschiedener hervor, daß die größeren europäischen Kabinette sehr wenig Bedeutung auf das ungeschmälerte Fortbestehen dieser mittelstaatlichen Souveränitäten legen. Auch steht bei Preußen der Entschluß fest, jede Einmischung des Auslandes in die inneren Angelegenheiten Deutschlands abzulehnen und dafür einzustehen, daß die deutsche Frage im Einverständnis mit dem zu berufenden Parlament gelöst werde. Unter solchen Umständen, und bei der Achtung, deren sich Preußen im Auslande erfreut, haben wir eine fremde Einmischung wohl nicht zu fürchten.

Diese Erklärung des Organs der preussischen Regierung, daß Preußen eine Einmischung des Auslandes in die deutschen Angelegenheiten nicht dulden werde, kann auf allen Seiten nur mit Freuden begrüßt werden. Die Gegner Preußens hatten ihre moralische Hauptwaffe aus der Verdächtigung gezogen, daß Preußen deutsches Land an Frankreich verschachert habe, obschon zu dieser Annahme in der bisherigen Haltung Preußens kein Grund zu finden war.

Für jeden Vaterlandsfreund durch ganz Deutschland ist kein Gedanke entsetzlicher, als die Befürchtung, es könne von irgend einer Seite her eine Einmischung des Auslandes hervorgerufen und dadurch der deutsche Territorialbestand gefährdet werden. Die preussische Regierung aber hat durch ihr officiöses Organ erklärt, daß sie, weit entfernt, eine Einmischung des Auslandes zu provociren, sogar eine solche, wenn sie von anderer Seite her herbeizuführen versucht würde, fern zu halten wissen werde.

Von solchen Erklärungen muß man Act nehmen, was wir freilich nicht thun können, ohne die Hoffnung auszusprechen, daß die Versicherung des ministeriellen Organs in feierlicherer und bindenderer Form von der Regierung wiederholt werde.

Vor Allem aber ist es Pflicht des Volkes, das Seine zu thun, daß auch diejenigen Regierungen, welche jetzt im begründeten Verdachte stehen, das Ausland hereinziehen zu wollen, eine solche Absicht öffentlich von sich weisen. —

## Rundschau.

Berlin, 26. Juli.

**Deutschland.** Die Verhandlungen wegen der Friedenspräliminarien nehmen noch immer keine bestimmte Gestalt an. Sogar über die Bestimmungen des gegenwärtigen Waffenstillstandes ist man im Unklaren. Derselbe soll vom 22ten c. datiren. An diesem Tage trafen die 7. und 8. Division bei Preshburg auf etwa 35,000 Oesterreicher. Das Gefecht, welches sich entsponnen, mußte jedoch 12 Uhr Mittags wegen eingetretener Waffenruhe abgebrochen werden. Die Truppen blieben bis zum 23ten auf dem Schlachtfelde und wurden dann bis auf die bestimmte Demarkationslinie bei Stampfen zurückgezogen. Gleichwohl blieben am 23ten die preussischen Truppen noch im Vormarsch zur Concentration um Wien. Ob es trotz der Waffenruhe den österreichischen Truppen ebenfalls gestattet ist, sich um Wien zu concentriren, darüber ist bis jetzt nichts verlautet.

So abweichend die Mittheilungen über die Friedenspräliminarien im Detail aber auch sind, so erhält sich doch in allen die deutsche Triasidee: ein preussischer Bund in Norddeutschland, dem auch Sachsen angehören soll, mit einer noch näher zu präcisirenden Arrondirung Preußens, ein süddeutscher Staatenbund, der sich in internationaler Unabhängigkeit zu constituiren hätte und Bündnisse mit dem norddeutschen Staate schließen könnte, und endlich das bei Oesterreich verbleibende deutsche Bundesgebiet, dem es ebenfalls vorbehalten bliebe, mit dem süddeutschen Bunde, dem Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Liechtenstein angehören würden, durch ein Bündniß in Beziehung zu treten.

Die „France“ sagt dazu: „Frankreich nimmt ohne Furcht ein vergrößertes Preußen in einem getheilten Deutschland an, aber andererseits macht es über das Gleichgewicht Europa's, über seinen Einfluß, über seine Interessen, und man kann überzeugt sein, daß unter einem Herrscher, der Napoleon heißt, Frankreich nicht verkleinert wird.“ Die Einheit Deutschlands, will die „France“ damit sagen, würde für Frankreich als eigene Verkleinerung anzusehen sein.

Die Bemühungen der bundesstaatlichen Regierungen, insbesondere des Herrn v. d. Pfordten, auch für sich eine Waffenruhe von Preußen zu erzielen, sind gescheitert. Aber was thut das? Das „Mainz. Journ.“ vom 24. Juli sagt:

Auf unserer Seite sind noch lange nicht die Kräfte bis zum Aeußersten gespannt. — Bayern, so hieß es stets, könne 100,000 Mann in's Feld stellen. Gut! Es stelle sie. Jeder verfügbare Mann werde aus Bayern und Württemberg gen Norden geschickt. Der Oberbefehl des 7. und 8. Armeekorps gehe in andere Hände über, wenn die bisherige Kriegsführung ungenügend war. Und dann vorgeschritten zur Offensive! Entweder Oesterreich zu Hilfe oder aber gegen den General Falkenstein, der uns doch nicht an Truppenzahl gleichkommt! Er muß

weichen! Und dann, wenn die Preußen vor Wien erscheinen, nach Berlin! Damit können wir dem Kriege eine ganz andere Wendung geben!

Wir rühmen uns ja so gerne des Gegensatzes zu Oesterreich. Wohl! Ziehen wir denn vor Berlin, während der Oesterreicher sich des Preußen vor Wien kaum erwehrt!

Aus Frankfurt wird vom 24ten gemeldet, daß die militärische Execution eingetreten sei, da über die Zahlung der Contribution bis zum festgesetzten Termin Seitens der städtischen Behörde keine Erklärung eingegangen sei. Die Senatoren und andere Personen der städtischen Behörde sind in Folge dessen mit starken Einquartierungen, nicht unter 50 Mann, belegt worden. Der Bürgermeister Fellner, ein wegen seiner Humanität allgemein geachteter Mann, machte, durch die beständige Gemüthsbewegung und in Folge der vergeblichen Unterhandlungen tief erschüttert, in der Nacht vom 23. zum 24. seinem Leben freiwillig ein Ende. — Ein angeheftetes Placat macht bekannt, daß Personen, die im Besitz von Legitimationspapieren sind, frei passiren können, ausgenommen durch die preussischen Vorposten und daß Passir-Scheine, die seither massenhaft verlangt und gegeben wurden, nicht mehr ertheilt werden. Ferner haben der preussische Kommandant v. Koeder und der preussische Civil-Kommissar v. Dieß am 25ten folgende Bekanntmachung erlassen:

Der Senat der Stadt Frankfurt, die ständige Bürger-Repräsentation und die gesetzgebende Versammlung sind aufgelöst, dagegen die Mitglieder des bisherigen Senats verpflichtet worden, auf Grund ihres Amtes die bisherigen Amtsgeschäfte, jedoch nur als Mitglieder der städtischen Verwaltungs- resp. Magistratsbehörde, unter Oberleitung der Königlich Preussischen Administration fortzuführen, hierbei allen Anordnungen der Preussischen Behörden Folge zu leisten, auch nicht vorzunehmen noch zu gestatten, was den Interessen der Preussischen Administration zuwiderläuft. Sämmtliche städtische Behörden und Unterbeamten, insbesondere auch die Polizeibehörde und alle ihre Beamte, sind in gleicher Weise verpflichtet worden. Die Administration der Stadt Frankfurt geht von heute an auf mich, den unterzeichneten Militärbefehlshaber, über, indem der mitunterzeichnete Herr Civil-Kommissarius zur Administration anderer Landestheile berufen ist.

Nach der „Agence Haras“ hat man sich von Frankfurt aus an den Kaiser der Franzosen und an das englische Cabinet gewendet, um deren Dazwischenkunft anzurufen, und der Kaiser Napoleon soll dies Gesuch mit „gewohntem Wohlwollen“ aufgenommen haben; doch bleibt die Wichtigkeit der Nachricht abzuwarten. Die auswärtige Presse verurtheilt übrigens einstimmig die Härte, mit welcher preussischerseits gegen Frankfurt vorgegangen wird. Dem französischen Publikum erschien das Verfahren anfangs nicht glaublich, bis der „Moniteur“ ihm seine Zweifel benahm, welcher die von Frankfurt erhobenen und geforderten Summen auf 70 Millionen Francs berechnete, was pro Kopf über 1000 Francs ausmacht, ohne daß die

